

Interfraktioneller Antrag zur Aufhebung eines Gemeinderatsbeschlusses

FWG Durmersheim

BuG Durmersheim

SPD Durmersheim

B90/GRÜNE Durmersheim

FDP Durmersheim

An die Gemeinde Durmersheim

Herrn Bürgermeister Eckert

Rathausplatz 1

76448 Durmersheim

Durmersheim, 12.01.2026

Gemeinsamer Antrag von FWG, BuG, SPD, B90/GRÜNE und FDP Durmersheim

Aufhebung des Beschlusses zur Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung eines verkehrsberuhigten Bereichs um das Gemeindezentrum in Würmersheim

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Eckert,

die oben genannten Parteien und die Wählerversammlung stellen hiermit gemäß § 34 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO BW) folgenden interfraktionellen Antrag:

Der Gemeinderat beschließt die vollständige Aufhebung des Beschlusses zur Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung einer verkehrsberuhigten Zone um das Gemeindezentrum Würmersheim im Bereich der Friedhofsstraße, Beethovenstraße, Mozartstraße und Kirchstraße.

Begründung:

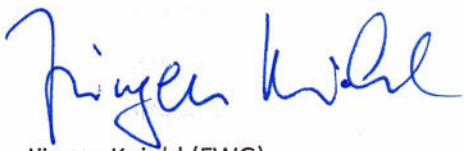
Der Beschluss zur Beauftragung der Machbarkeitsstudie wurde im Rahmen der Beratung zum Haushalt 2025 gefasst. Die tatsächliche Verwirklichung einer verkehrsberuhigten Zone im Bereich der Friedhofsstraße, Beethovenstraße, Mozartstraße und Kirchstraße würde Kosten im Bereich von mehreren Millionen Euro verursachen. Aufgrund der aktuellen finanziellen Situation der Gemeinde ist es sehr unwahrscheinlich, dass diese Maßnahme in einem mittel- bis langfristigen Zeithorizont

realisiert werden kann. Insofern macht die Beauftragung einer Planung zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn.

Außerdem müssen nach dem Brand der Villa Kunterbunt unsere personellen und finanziellen Ressourcen auf den Neubau eines Kindergartens konzentriert werden.

Die Gemeindeordnung Baden-Württemberg sieht vor, dass der Gemeinderat jederzeit befugt ist, frühere Beschlüsse aufzuheben oder zu ändern, sofern keine rechtlichen Bindungen entgegenstehen (§43 GemO BW).

Die gemeinsame Antragsstellung unterstreicht den fraktionsübergreifenden Willen eine Tragfähige und zukunftsorientierte Lösung zu finden.



Jürgen Kniehl (FWG)



Rolf Enderle (BuG)



Werner Hermann (SPD)



Michael Weber (B90/GRÜNE)



Dr. Christian Müller (FDP)